FH-SF-01-094

# Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

## Änderungsantrag zu FH-SF-01

**Von Zeile 94 bis 102:**

~~Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.~~

Sicherheit in einer Gesellschaft wird nicht nur durch eine starke Polizei und Justiz gewährleistet, sondern ist abhängig von unzähligen Faktoren. So vielfältig die Ursachen für Kriminalität sind, so vielfältig sind auch die Ansatzpunkte für gesellschaftliche Ansätze. Dazu müssen wir zunächst den Blick auf die Sicherheitslage verbessern, die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht mehr in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, sondern neue Wege der Sicherheitsanalyse. Im Sinne der periodischen Sicherheitsberichte müssen wir kriminologische Forschungserkenntnisse mit den Zahlen der Sicherheitsbehörden verbinden, um unseren Blick für die Ursachen zu schärfen. Nicht nur der Islamismus, sondern auch der zunehmende gewaltbereite Extremismus von rechts und von links bereiten uns Sorgen. Die Zahl der mutmaßlich rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten, insbesondere gegen Flüchtlingsunterkünfte, hat in erschreckender Weise zugenommen. Auch die Entwicklung der sogenannten Reichsbürger und der Identitären Bewegung zeigt, dass die Bedrohung der Gesellschaft vom rechten Rand zugenommen hat. Auch der wieder zunehmenden Gewaltbereitschaft von linken Extremisten und deren sich verändernde Haltung gegenüber Gewalt gegen Personen muss mit klaren Positionen und Maßnahmen begegnet werden.

## Begründung

Das Problem ist nicht nur ein eines von rechts, sondern des sich ausbreitenden Extremismus im Allgemeinen. Wenn man wirkungsvoll gegen Hassdelikte vorgehen will, bedarf es genauer Analysen über die Hintergründe von Kriminalität.

Des weiteren sind Behörden nicht losgelöst zu sehen, sondern ein Spiegel der Gesellschaft. Wenn es also institutionalisierten Rassismus gibt, sagt das weniger über die Behörde als über den Zustand der Gesellschaft und einer Anzahl von Bürgern aus. Ohne eine politische Grundeinstellung der Mitarbeiter kann eine Behörde nicht auf dem rechten Auge blind sein. Daher ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Rassismus zu bekämpfen.

Weiterhin bleibt festzuhalten, dass Ausschreitungen wie am 18.03.2015 in Frankfurt (Blockupy, EZB-Eröffnung) oder regelmäßig am 1. Mai auch eine Form des Linksextremismus, der für den einzelnen Bürger lebensbedrohlich und für die Gesellschaft inkzeptabel sind.

## Unterstützer*innen

Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Ingo Volp (Mainz KV); David Profit (Alzey-Worms KV); Bernd Christmann (Birkenfeld KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Daniela Toscano (Böblingen KV); Oliver Pohl (Kiel KV); Christine Ehm (Waldshut KV); Karl-Heinz Hage (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)